

„Land bremst Bahnen und Busse aus“

Grüne wollen geplante Kürzungen der Fördermittel im Nahverkehr verhindern

Stuttgart – Der Entwurf von Umwelt- und Verkehrsminister Ulrich Müller (CDU) für neue Förderrichtlinien nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) ist für die Grünen-Landtagsfraktion „eine Bankrotterklärung für den Klimaschutz“.

VON FRANK SCHWAIBOLD

Für Minister Müller ist die Lage klar. Änderungen in der Bundespolitik und die ab 2004 vorgesehenen Einsparauflagen zur Haushaltskonsolidierung des Landes lassen ihm keine andere Wahl, als die Fördermittel nach dem GVFG zu kürzen. Die ergänzenden Landesmittel zu den Finanzhilfen des Bundes will er deshalb um 53 Millionen Euro pro Jahr reduzieren. Davon sollen 30 Millionen auf den öffentlichen Nahverkehr und 23 Millionen auf den kommunalen Straßenbau entfallen. Müller sagt: „Würden wir am Fördersystem nichts ändern, bekämen die einen alles und andere gar nichts mehr – das darf nicht sein.“

Der verkehrspolitische Sprecher der Grünen, Boris Palmer, sieht dies anders. Für ihn steht fest, dass das Land „Bahnen und Busse ausbremst und den Straßenbau bevor-

zugt“. Palmer kritisiert: „Das ist eine Kehrtwende des Landes auf Kosten der Umwelt und der Kommunen.“ Auch der Singener OB Andreas Renner, in Personalunion Sprecher der Kommunalpolitischen Vereinigung Baden-Württemberg, nennt „die ÖPNV-Kürzung ein falsches Signal“. Folge der Kürzungen der Landesmittel im Nahverkehr seien unumgängliche Verteuerungen für die Nutzer des Nahverkehrs. „Den Nahverkehr teurer zu machen ist aber genau der falsche Weg“, betonte Renner.

■ **Statt 70 000 Euro kostet der Bahnsteig nun 210 000 Euro**

Im Einzelnen plant das Land, die Zuschüsse für Infrastrukturprojekte bei Landesprojekten von 85 auf 75 Prozent zu senken. Für die großen Projekte ab 51 Millionen Euro im Bundesprogramm senkt das Land seine Förderung von 85 auf 80 Prozent. Für die Kommunen heißt dies: Bei Bundesprogrammprojekten steigen die kommunalen Kosten um ein Drittel, beim Landesprogramm sogar um zwei Drittel. Dies bedeutet beispielsweise für Heilbronn bei der Stadtbahn, die mit rund 100 Millionen

Euro veranschlagt ist, dass die kommunale Seite nicht 15 Millionen Euro selbst aufbringen muss, sondern 20 Millionen Euro.

Bei den Stadtbahnfahrzeugen soll die Förderung von 50 auf 35 Prozent sinken. Der Fördersatz für den kommunalen Straßenbau soll hingegen unverändert bei 70 Prozent bleiben.

Noch ein Punkt dürfte bei den Kommunen auf erheblichen Unmut stoßen. Die bisher beim Landesprogramm geltende Bagatellgrenze wird in einen generellen Selbstbehalt von 100 000 Euro bei Infrastrukturvorhaben umgewandelt. Was dies bedeutet, wird am Beispiel der Stadt Rottenburg deutlich. Dort soll im Stadtteil Kiebingen der verrottete Bahnsteig durch einen neuen Bahnsteig ersetzt werden, der zudem auf die zur Stadt gelegene Seite verlegt werden soll. Die Kosten dafür betragen rund 450 000 Euro. Nach den alten Förderrichtlinien hätte Rottenburg davon 70 000 Euro übernehmen müssen. Nun aber werden 210 000 Euro fällig.

Die Grünen werden deshalb bei der heutigen Haushaltsberatung im Landtag einen Antrag einbringen, wonach die ÖPNV-Fördersätze nicht gekürzt werden sollen.



Wird bezuschusst: S-Bahn Foto: dpa